

(A) isolierte Sache wird, sondern dass es in diesem Verbundsystem sowohl mit den Ländern als auch dann mit der Staatsanwaltschaft Bremen funktioniert.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift: „**Sterblichkeitsrate bei akuten Herzinfarkten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Bensch!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat, dass im Land Bremen gemäß dem Deutschen Herzbericht 2011 die stationäre Sterblichkeit je Einwohner bei akuten Herzinfarkten im Bundesvergleich am höchsten ist?

Zieht der Senat aus diesen Ergebnissen Rückschlüsse auf die Qualität der stationären Versorgung von akuten Herzinfarkten im Land Bremen, und wenn ja, welche?

Welche Auswirkungen wird nach Ansicht des Senats die Einführung zusätzlicher stationärer Angebote im kardiologischen Bereich auf die Sterblichkeitsrate haben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Schulte-Sasse.

(B)

Senator Dr. Schulte-Sasse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Rückschlüsse sind wegen der fehlenden Datenlage zur stationären Sterblichkeit in diesem Bericht nicht möglich.

Zu Frage 2: Im Zuge der Fortschreibung des Landeskrankenhausplans 2010 bis 2015 im November 2011 wurde mit den Landesverbänden der Krankenkassen unbeschadet der fortbestehenden Akutversorgung von Herzinfarkten am Herzzentrum des Klinikums Links der Weser eine Einigung über zusätzliche stationäre Angebote der speziellen Kardiologie an den Standorten Rotes Kreuz Krankenhaus und Klinikum Bremen-Nord erzielt. Neben Präventionsangeboten der zertifizierten Chest Pain Unit im Krankenhaus Links der Weser und einem zusätzlichen speziellen kardiologischen Angebot erhofft sich der Senat eine noch bessere Behandlung akuter Herzinfarktfälle. Qualitätsberichte wie der Krankenhausspiegel stellen keine höhere stationäre Sterblichkeit fest. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Bensch, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Zum ersten Teil, Stichwort Deutscher Herzbericht 2011! Ist er durch Ihr Ressort ausgewertet worden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(C)

Senator Dr. Schulte-Sasse: Ja, solche Berichte werden von uns grundsätzlich ausgewertet. Es gibt eine ganze Reihe von Berichten, zum Beispiel steht jetzt in Kürze ein Bericht des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen an.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Brumma!

Abg. **Brumma** (SPD): Zu Frage 1 hinsichtlich der Sterblichkeitsquote! Können Sie mir bestätigen, dass Bremen hinsichtlich der Herzinfarktquote insgesamt schlecht dasteht, aber hinsichtlich der stationären Sterblichkeit bundesweit sehr gut? Wenn man nur den Bericht des Statistischen Bundesamts liest, liegt nach den neuesten Zahlen Bremen bei 7,9 Prozent und der Bundesdurchschnitt bei 9,3 Prozent. Auch nach der Fachzeitschrift „*Cardio News*“ kann nicht bestätigt werden, dass hier die Sterblichkeit bei der stationären Versorgung hoch ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Die Frage war, inwieweit die Datenlage, die vonseiten des Fragestellers hier ins Feld geführt wurde, eine solche Aussage zulässt. Sie lässt sie nicht zu! Sie haben gerade Daten aus einer anderen Datenquelle zitiert. Wir gehen auch davon aus, dass die Versorgung der bereits Erkrankten, also der akuten Herzinfarktfälle, in Bremen aufgrund der guten Struktur der Versorgung auch besonders gut ist. Allerdings ist besorgniserregend, dass wir insgesamt in unserer Bevölkerung eine hohe Quote von Herzinfarkten haben. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass dies nicht zuletzt auch mit der besonderen sozialen Problematik in unserer Stadt mit sehr vielen armen Menschen zu tun hat. Es ist bekannt, dass die Herzinfarkthäufigkeit und soziale Indikatoren eng verknüpft sind.

(D)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Ich habe die Frage nicht verstanden!)

Die siebte Anfrage bezieht sich auf das „**Deutschland-Portal und Open Data**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Öztürk!

Abg. **Mustafa Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welches Potenzial sieht der Senat beim Deutschland-Portal bezogen auf die Nutzung von Open Data?

(A) Zweitens: Beteiligt sich das Land Bremen an diesem Portal? Falls nein, warum? Falls ja, in welchem Umfang?

Drittens: Welche Kosten fallen bei einer Beteiligung Bremens am Deutschland-Portal für Bremen an? Welchen Anteil trägt der Bund?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Open-Government-Portal für Deutschland, Open Government Data Deutschland, OGDD, bietet einen weiteren Zugangsweg zu den bremischen Daten, die bereits über www.daten.bremen.de, und Dokumenten, die unter www.informationsregister.bremen.de erreichbar sind. Ziel des Deutschland-Portals ist der Zugang zu allen dezentralen Open-Data- und Open-Government-Portalen von Ländern, Städten und Kommunen sowie themenspezifischen Portalen wie beispielsweise dem Geoport.

Zu Frage 2: Das Land Bremen beteiligt sich wie der Bund und alle Bundesländer an dem Portal. Damit alle bremischen Daten im Portal gefunden werden, wurde eine Schnittstelle realisiert, über die die Metadaten der Datensätze und Dokumente des Informationsregisters übertragen werden. Die eigentlichen Datensätze und Dokumente verbleiben auf Servern in Bremen. Hinzuzufügen ist, dass das Land Bremen in der dafür eigens eingerichteten Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder aktiv vertreten war und an der technischen und organisatorischen Realisierung des Deutschland-Portals mitgewirkt hat. Bremen gehört zu den ersten Ländern, deren Daten vollständig im Deutschland-Portal abrufbar sind.

Zu Frage 3: Bremen wird sich entsprechend des üblichen Anteils, das heißt Königsteiner Schlüssel, an den gemeinsam zu tragenden Kosten für Betrieb und Redaktion in Höhe von circa 6 000 Euro jährlich ab dem Jahr 2015 beteiligen. Der Bund trägt voraussichtlich einen Anteil von 21,2 Prozent der Gesamtkosten. Die Entwicklung der Schnittstelle für die Übertragung der Metadaten der Datensätze und Dokumente an das Deutschland-Portal hat drei Arbeitstage benötigt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr, Herr Öztürk!

Abg. Mustafa **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist sehr erfreulich zu hören, dass Bremen dort federführend war. Ich habe aus der Antwort herausgehört, dass man damit rechnen kann, dass die Beteiligung nicht nur des Bundes, sondern auch Bremens über das Jahr 2015 hinaus fortgeführt wird!

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

(C)

Bürgermeisterin Linnert: Ja, federführend, wir spielen dort eine wichtige Rolle, weil Bremen in der Tat bei dem Projekt Open Data im weitesten Sinne sehr weit entwickelt ist. Deshalb wird gern auf bremischen Rat zurückgegriffen, und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bundesweit sehr angesehen. Wir spielen eine wichtige Rolle bei einem Vorhaben, von dem ich mir nicht vorstellen kann, dass das irgendwann eingestellt wird. Die Zukunft liegt darin, Open Data gut zugänglich, vernetzt und in einer Struktur, die leicht verständlich und leicht abrufbar ist, bereitzustellen. Wir erleben jetzt die Pionierjahre, aber am Ende wird es Standard sein.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Herr Hamann!

Abg. **Hamann** (SPD): Es ist wunderschön, dass es das Projekt gibt. Im Vorfeld gab es Kritik, was die Lizenzen angeht. Stimmen Sie mit mir überein, dass es sinnvoll ist, bei der Beschaffung von Datensätzen darauf zu achten, dass sie möglichst lizenzfrei – in dem Sinne, dass jede Frau und jeder Mann sie benutzen kann – abgegeben werden können? Andere Länder wie die USA oder Großbritannien, die solche Systeme betreiben, sind deutlich weiter als wir in Deutschland.

(D)

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, soweit das geht, sollte man es versuchen, schon allein, weil man die Art und Weise, wie damit Geld verdient wird, nicht unterstützen sollte. Sie wissen aber auch aus den Diskussionen, dass das einfacher gesagt als getan ist, weil man ähnlich wie bei der Facebook-Problematik zur Kenntnis nehmen muss, dass die Marktverteilung schon sehr weit fortgeschritten ist.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Nationaler Cloud-E-Mail-Dienst**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Öztürk!

Abg. Mustafa **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat dem IT-Planungsrat des Bundes das Interesse des Landes Bremen am gemeinsamen Cloud-E-Mail-Dienst bekundet, falls nicht, was waren die Gründe dafür?

Zweitens: Welche Vor- und Nachteile sieht der Senat in der Nutzung einer gemeinsamen Cloud-Infrastruktur?